

zeigen nur kritische Teilaspekte auf, verschaffen weder dem gesamten Plenum noch der Seminarleitung (sic!) grundlegend neue Einsichten. Daher ist eine Beschränkung der Schulungsteilnehmer auf diejenigen erforderlich, die sich mehr oder weniger mit der Studentenrevolte identifizieren. Die Basis damaliger Politik war die marxistische Theorie; gegenwärtig geht es darum, diese Basis auf breiterer Ebene verständlich zu machen, nur so ist eine aktive Weiterentwicklung der theoretischen und praktischen Ansätze der sozialistischen Politik denkbar.

(Grundstudienkollektiv: Zum Seminar "Grundbegriffe" - Informationen)

Unser Programm setzt zumindest eines voraus: Angehende Studentinnen und Studenten, die einerseits über die Revolte der letzten Jahre, andererseits über Konflikte mit Institutionen der Sozialisation (Elternhaus, Schule) in Widerspruch zur bestehenden Gesellschaftsordnung geraten sind, bei denen dieses diffuse Unbehagen - verstärkt durch die Anpassungszwänge der Universität-..... Es setzt Leute voraus, die ihre Gesellschaftskritik qualifizieren wollen, die kollektive theoretische Arbeit leisten, die die Welt nicht nur verschieden interpretieren, sondern verändern wollen.

("Zur Erläuterung unseres Programms")

Das Insistieren auf der Bereitschaft zu "politischer Arbeit", das in der Anfangsagitation "Seminar marxisten" aus den Gruppen fernhalten sollte, blieb wirkungslos, weil diese politische Arbeit (bis heute!) völlig unbestimmt blieb. Stattdessen bescherte uns das Anknüpfen an die Studentenrebellion und an antiautoritäre Bewußtseinsinhalte ("Konflikte mit den Institutionen der Sozialisation") Scharen von Leuten, mit denen wir nichts anfangen konnten. Es war richtig, keine "wertfreie" Ideologiekritik zu üben, sondern von der Studentenrevolte auszugehen; doch hätte man damit eine Kritik der Studentenbewegung verbinden ~~XXXXXX~~ die Ohnmacht dieser Bewegung begründen, von daher die Notwendigkeit der Schulung ableiten und auf diese Weise gerade diejenigen herausfiltern müssen, die die Studentenbewegung überwinden wollten. Mit der kühnen Behauptung: "die Basis damaliger Politik war die marxistische Theorie" (s.o.) war das freilich nicht zu machen. Die fehlende Einsicht in den Klassencharakter der Studentenbewegung bei bloßer Negation des "antiautoritären" Arbeitsstils mußte zu einer falschen Agitation führen: Man sollte weder, wen man mobilisieren würde, noch, wieviele; und tappte munter ins Dunkel hinein.

b) Durchführung der Schulung

Nach der (quantitativ und qualitativ) unzureichenden Vorbereitung des Grundstudienkollektivs und der falschen Agitation im Seminar wurde die BG geradezu von Schulungswilligen überrollt. Es wurden alle verfügbaren Genossen, z.T. aus der BG, z.T. sonst woher, angeheuert. Schließlich wurden etwa 15 Marxgruppen konstituiert, die jeweils einen Leiter

hatten. Die Leiter versuchten im Gruppenleiterkollektiv ihre Arbeit zu koordinieren. Sie unterschieden sich aber nicht nur hinsichtlich ihrer eigenen Qualifikation sehr stark voneinander, sondern auch im Hinblick auf ihren Arbeitsstil und ihren politischen Bewußtseinsstand. Aus der ganzen Situation ergab es sich zwangsläufig, daß rigorose Verbindlichkeitsanforderungen gestellt wurden, um das Funktionieren der Schulung überhaupt zu ermöglichen. Infolge der unterschiedlichen politischen Haltungen, die nicht vereinheitlicht wurden, blieben diese Anforderungen jedoch ohne Grundlage und nur formal. Dieser Umstand, der nicht erkannt wurde, verstärkte die Tendenz, die "kontinuierliche Arbeit" zu fetischisieren. Man bekämpfte antiautoritäre Verhaltensweisen, ohne den klassentheoretischen Hintergrund der antiautoritären Bewegung begriffen zu haben.

Die Differenzierung in Aktivisten- und Massenlinie sollte durch die Einschätzung der Gruppenleiter in den sog. Verhaltens^{fu}protokollen erfolgen. Dieses Vorhaben erwies sich bald als völlig undurchführbar, schon allein deshalb, weil die Gruppenleiter zum großen Teil selbst keine Aktivistenqualifikation besaßen und weil keine Kriterien darüber bestanden, was ein Aktivist sei. Das Herausfinden der Aktiveren sollte dann nach dem Aufgeben der Einschätzung naturwüchsig durch die Bildung von "Kerngruppen" geschehen.

Als qualitative Fortschritte gegenüber der ersten Mass^enmobilisierung sind hervorzuheben:

- Koordinierung der Gruppenleiter in einem verbindlichen Gruppenleiterkollektiv
- Kontrolle der Arbeit durch Verhaltensprotokolle
- Durchsetzung zumindest formaler Verbindlichkeit in den Schulungsgruppen
- weitgehende Aufgabe der Orientierung am offiziellen Seminar (die Ideologiekritik am Ende des Schulungsprogramms verkam folgerichtig zu einer reinen Pflichtübung)
- zumindest akklamatorische Unterordnung unter eine PO

Nachdem die ZP mit der RPH an die Öffentlichkeit getreten war, muß man die Marxgruppen-Arbeit auch in der Hinsicht betrachten, wie die Politik der Zelle auf sie gewirkt hat und wie diese Arbeit wieder auf die Zelle zurückgewirkt hat.

Die Politik der Zelle zu Anfang des Semesters war offenbar bestimmt durch eine Doppel- (besser: Halbheiten- oder Zwitter-) Strategie: "Vorerst keine autonome Arbeit im ~~max~~ proletarischen Bereich, sondern Zusammenarbeit mit den vorhandenen Ansätzen", da man sich für autonome Arbeit

im proletarischen Bereich noch nicht stark genug fühlte. Deshalb gilt für die UNI: "Die Inhalte der BG-Arbeit und ihre Politik muß primär von den Anforderungen des Klassenkampfes im proletarischen Bereich bestimmt werden." (RPH)

Die Schulungsarbeit war von der BG geplant worden, zunächst ohne direkten Bezug zur Zellenpolitik. Die ganze BG-Politik an der Uni würde aber laut RPH gemäß der zwitterigen Haltung der Zelle als Rekrutierungsarbeit angesehen, die darauf abzielte, die Aktivisten für "außeruniversitäre" Arbeit freizumachen, indem die Neu-Gewonnenen die Uni-Arbeit übernahmen. Da diese Strategie sich ganz zum wichtigeren "außeruniversitären" Bereich hingezogen fühlte - ohne daß man sich allerdings so recht traut, so daß man daher "vorläufig" die bestehenden Ansätze unterstützt - besagt sich nichts in Bezug darauf, wie eine allgemein Politik an der Uni auszu- sehen hätte. Daher konnte die ganze Massenarbeit, die jetzt in Form der MG-Schulung anlief, nicht politisch bestimmt sein. Die K Gruppenleiter hatten keine Richtung, in die sie die Arbeit der Schulung lenken konnten.

Mittlerweile war in der faktischen Politik der Zelle eine wesentliche Veränderung eingetreten. U.a. dadurch, daß die Mitglieder der stärksten BG sich intensiv an der Schulungsarbeit beteiligen mußten, ergab es sich, daß alle Aktivitäten der Zelle auf den Unibereich beschränkt blieben. Dies ist aber nie bewußt formuliert worden, indem man den Anspruch, der in der RPH noch vertreten worden, revidiert hätte.

Weil die Zelle zu Anfang des Semesters eine zwitterige Strategie hatte, die faktisch keine Vorstellungen darüber enthielt, wie die Arbeit an der Uni einzuordnen ist,

weil durch eine von daher von den praktischen Notwendigkeiten bestimmte Arbeit der BG dazu führte, daß unbemerkt das eigentliche Ziel, für das Proletariat zu arbeiten, aufgegeben wurde, also doch Hochschulpolitik betreiben wurde,

konnte sich die Politik an der Uni nur ziel- und perspektivlos entwickeln, konnte sich letztlich alte studentische Politik wieder durchsetzen: denn nicht aus den Anforderungen des Klassenkampfes wurde die BG-Politik bestimmt, sondern insgeheim sollten die Anforderungen des Klassenkampfes von der BG-Politik bestimmt werden.

V. Gesamteinschätzung

Die fehlende Einsicht in den kleinbürgerlichen Klassencharakter der Studentenbewegung war der Hauptfehler der bisherigen "Massenmobilisierung". Die bisherige Bewegung wurde bloß als "antiautoritäre", d.h. nur von ihrer Erscheinungsform her begriffen und kritisiert, jedoch nicht klassentheoretisch. Man glaubte, durch Studium von Texten des ML und durch Erzwingung eines disziplinierten Arbeitsstils die Studentenbewegung in eine sozialistische transformieren zu können. Natürlich war die personelle Anknüpfung an die Studentenbewegung unumgänglich. Man übersah jedoch, daß die Widersprüche, aus denen die Massen von potentiell Mobilisierbaren an der Uni hervorgingen, Nebenwidersprüche waren, daß der Grundwiderspruch an der Uni nicht unmittelbar erfahrbar ist und daß deshalb durch bloße Fortsetzung der Studentenbewegung - auch bei der fleißigsten Schulung - ein proletarischer Standpunkt nicht zu gewinnen ist. Nicht nur, daß man bei den kleinbürgerlichen Interessen der Studenten anknüpfte (Reduzierung der Stofffülle, autonome Arbeit, Lächerlichmachen der Leistungsanforderungen durch Ideologiekritik), was sicherlich jede Massenlinie im kleinbürgerlichen Bereich tun müßte; sondern man tat es nicht bewußt, vielmehr wie selbstverständlich, so als ob das "Unbehagen gegenüber dieser weltfremden, abstrakten Wissenschaft" schon der Keim eines sozialistischen Bewußtseins wäre, das man durch bloße Qualifizierung entwickeln könnte. Die äußerst prekäre Taktik, die "ML"-Schulung mit einem offiziellen Schein zu verbinden, - so daß wir uns eine Aufgabe des Scheins nachher der "Massen" wegen nicht hätten leisten können - wurde nicht einmal problematisiert.

Bei der Betrachtung der Marxgruppen-Arbeit sehen wir also einerseits einen Fortschritt von der Seminarkritik mit der Absicht der Veränderung offizieller Lehrinhalte hin zu autonomer ML-Schulung mit akklamatorischer Unterordnung unter eine PO. Andererseits wurde der kleinbürgerliche Klassenstandpunkt nirgends überwunden. Dieser Widerspruch mußte an Schärfe zunehmen, bis jetzt, wo ein weiterer Fortschritt ohne Verlassen des Klassenstandpunktes offenbar nicht mehr möglich ist, was die Misere der "Kerngruppen" erklären könnte. Was freilich "Verlassen des Klassenstandpunktes" heißt, müßte sehr genau bestimmt werden, bevor man daraus eine Politik abzuleiten versucht; sonst werden wir über die akklamatorischen und konsequenzlosen Wiederentdeckungen traditioneller Theoriestücke nicht ~~nir~~ hinauskommen.